

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2006/2087(INI)

18.9.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zum Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik
(2006/2087 (INI))

Verfasser der Stellungnahme: Michael Cashman

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass das Recht auf Information und Meinungsfreiheit das Herzstück der Demokratie in Europa und das Fundament der politischen Systeme auf europäischer und nationaler Ebene bilden sollte und der Öffentlichkeit folglich, soweit möglich, Informationen zur Verfügung gestellt werden sollten,
- B. in der Erwägung, dass die demokratische Teilhabe ein Eckpfeiler des politischen Prozesses ist und bei der Formulierung der Unionspolitik direkt zum Tragen kommen müsste,
- C. in der Erwägung, dass Transparenz und Offenheit Voraussetzungen für die Kommunikation sind und dass diese Kommunikation ein zweigleisiger Dialog mit europäischen Bürgern ist, der ein wesentliches Element der Demokratie darstellt und für die Förderung der öffentlichen Debatte unerlässlich ist,
- D. in der Erwägung, dass das Ziel einer „Zeit des Nachdenkens“ darin besteht, die Union demokratischer und effektiver zu machen und sie wieder mit den Bürgern zu „verbinden“,
- E. unter Hinweis darauf, dass europäische Fragen und der „Mehrwert“ der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften in nationalen Debatten nur selten anerkannt werden und nationale Politiker sich europäische „Erfolgsgeschichten“ häufig als Verdienst anrechnen, während umgekehrt nationale Politiker schnell mit Kritik an der EU bei der Hand sind, und zwar häufig wegen politischer Versäumnisse, die ihren Ursprung auf nationaler Ebene haben,
- F. unter Hinweis darauf, dass die nationalen Parlamente in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der Sprecher der Parlamente in der Europäischen Union (6./7. Mai 2005) aufgefordert wurden, jährlich, und zwar vorzugsweise in einer Plenarsitzung, eine Aussprache über das Jahresgesetzgebungs- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission abzuhalten,
 - 1. fordert die Kommission auf, eine Konsultation der beteiligten Akteure und der Öffentlichkeit in einem frühen Stadium der Ausarbeitung der Politik zu gewährleisten; ist der Ansicht, dass wichtige Vorschläge mit einem zusätzlichen Abschnitt in der Folgenabschätzung versehen werden könnten, in dem erläutert wird, wie den Besorgnissen der Bürger bei der Ausarbeitung des Vorschlags Rechnung getragen wurde; weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Konsultation der Öffentlichkeit auf den Entscheidungsprozess der EU klar herausgestellt werden sollten;
 - 2. ist der Ansicht, dass Transparenz und der Zugang zu Dokumenten einen der Hauptpfeiler zur Sicherstellung der Kommunikation mit den Bürgern über die EU und ihre Tätigkeiten zwecks Überbrückung der derzeit bestehenden Kluft bilden; fordert die Kommission und

die finnische Präsidentschaft auf, die notwendigen Schritte zu der vom Parlament verlangten Revision der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 einzuleiten, um zu gewährleisten, dass Rechtsgutachten, Standpunkte und Änderungsanträge vor ihrer endgültigen Annahme in einer öffentlichen Datenbank veröffentlicht werden; hält es mit Blick auf die Schaffung einer gemeinsamen Datenbank für notwendig, die bestehenden öffentlichen Datenbanken miteinander zu verlinken und sie so benutzerfreundlich wie möglich zu machen; ist der Auffassung, dass hierfür die Prelex-Datenbank zur Verfolgung des interinstitutionellen Entscheidungsprozesses verwendet werden könnte;

3. vertritt die Auffassung, dass alle Tagesordnungen und Dokumente des Rates, der Kommission und der Ausschüsse des Europäischen Parlaments sowie leicht verständliche Hintergrundinformationen veröffentlicht werden sollten; weist darauf hin, dass diese Informationen für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sein müssten, vor allem über das Internet, durch die Veröffentlichung derartiger Dokumente sowie die Live-Übertragung und abrufbare Aufzeichnung von Sitzungen;
4. fordert die Kommission auf, eine dynamische und reaktive Kommunikationspolitik auszuarbeiten, die, anstatt größtenteils über den erzielten endgültigen Konsens zu berichten, stärker auf die Berichterstattung über die Entwicklung der in unterschiedlichen Phasen des Entscheidungsprozesses gefassten Beschlüsse ausgerichtet ist; ist der Ansicht, dass das Ziel der Kommunikationspolitik der Union darin besteht, den Bürgern ein klares Bild davon zu vermitteln, wie europäische Gesetze gemacht werden;
5. ermutigt die nationalen Parlamente, die Kontrollfunktion ihrer Regierungen, wenn sie im Rat agieren, zu stärken und so die Bewusstseinsbildung und damit die demokratische Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen zu verbessern;
6. ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, die nationalen Debatten um eine europäische Dimension zu erweitern und die Bürger so auf die europäische Agenda aufmerksam zu machen;
7. ist der Ansicht, dass bei der Debatte den besonderen Bedürfnissen und Tätigkeiten von Menschen mit Behinderungen und Minderheitengruppen sowie des nationalen und lokalen Publikums und besonderer Zielgruppen Rechnung getragen werden sollte; weist darauf hin, dass stärker auf eine Kanalisierung relevanter sowie regionalisierter Informationen geachtet werden müsste, um bestimmte Zielgruppen zu erreichen, wodurch eine Verbindung zwischen europäischen Themen und dem täglichen Leben der Bürger hergestellt würde;
8. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, gemeinschaftliche Rechtsvorschriften ordnungsgemäß und rasch umzusetzen, um die Gleichstellung aller EU-Bürger bei der Ausübung der ihnen von den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften eingeräumten Rechte zu gewährleisten; fordert die Kommission auf, sich aktiver dafür einzusetzen, dass die gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen angewandt werden; ermutigt die Kommission, zusammen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die Bürger darüber zu informieren, dass sie bei Verstößen gegen ihre Rechte das Recht auf Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln haben.

VERFAHREN

Titel	Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik	
Verfahrensnummer	2006/2087(INI)	
Federführender Ausschuss	CULT	
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE 6.4.2006	
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum		
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Michael Cashman 15.5.2006	
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:		
Prüfung im Ausschuss	12.7.2006	13.9.2006
Datum der Annahme	13.9.2006	
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 35 -: 2 0: 0	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alexander Alvaro, Alfredo Antoniozzi, Mihael Brejc, Michael Cashman, Charlotte Cederschiöld, Carlos Coelho, Fausto Correia, Panayiotis Demetriou, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Kinga Gál, Patrick Gaubert, Lilli Gruber, Timothy Kirkhope, Ewa Klamt, Magda Kósáné Kovács, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Barbara Kudrycka, Stavros Lambrinidis, Henrik Lax, Sarah Ludford, Jaime Mayor Oreja, Claude Moraes, Lapo Pistelli, Martine Roure, Ioannis Varvitsiotis, Stefano Zappalà, Tatjana Ždanoka	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Marco Cappato, Bárbara Dührkop Dührkop, Maria da Assunção Esteves, Anne Ferreira, Ignasi Guardans Cambó, Sophia in 't Veld, Hubert Pirker, Antonio Tajani, Kyriacos Triantaphyllides	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Thomas Wise	
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	...	